



© AP/PA Photo/Rodrigo Abd

## Beteiligung der Polizei an Tötungen in Guatemala<sup>1</sup>



<sup>1</sup> Deutsche inoffizielle Übersetzung von der AI-CASA- und Guatemala-Kogruppe, Postfach 130123, 20101 Hamburg. Verbindlich ist das englische Original des Dokuments „Police Involvement in Killings in Guatemala“ (October 2009) Index: AMR 34/010/2009.

**Die guatemaltekische Bevölkerung ist sich der Probleme, mit denen ihr Land konfrontiert ist, ebenso bewusst wie der Politik, die verfolgt werden könnte, um die Probleme zu verbessern. Die Frage ist heute weniger, was getan werden müsste, sondern vielmehr ob Guatemala bereit ist, dies zu tun.**

UN Spezialberichterstatter für außergerichtliche, standrechtliche oder willkürliche Hinrichtungen, Februar 2007

Es wird in Guatemala weiterhin von Tötungen durch Polizeibeamte oder durch geheime Gruppierungen, an denen vermutlich Polizeibeamte oder ehemalige Polizeibeamte beteiligt sind, berichtet. Daten, die in den letzten Jahren von Menschenrechtsorganisationen wie dem Zentrum für legale Menschenrechtsaktionen (*Centro de Acción Legal en Derechos Humanos*, CALDH), dem erzbischöflichen Büro für Menschenrechte in Guatemala (*Oficina de Derechos Humanos del Arzobispado de Guatemala*, ODHA) und der Organisation „Sicherheit in Demokratie“ (*Seguridad en Democracia*) gesammelt wurden, deuten darauf hin, dass die Anzahl solcher Tötungen pro Jahr bei von hunderten von Menschen liegt.

Die im folgenden beschriebenen Fälle wurden von den vielen Amnesty International berichteten Tötungen ausgewählt, welche Polizeibeamte, ehemalige Polizeibeamte oder in einem Fall Soldaten betreffen, die polizeiliche Aufgaben ausgeführt haben.

Die Umstände, die einige dieser Tötungen betreffen, legen nahe, dass diese unrechtmäßige und vorsätzliche Tötungen darstellen, die auf Befehl von, unter Komplizenschaft mit oder unter Duldung von staatlichen Behörden durchgeführt wurden – damit extralegale Hinrichtungen darstellen.

Viele der Opfer weisen gemeinsame Charakteristika auf. Sie sind mehrheitlich jung und

viele von ihnen sind bereits mit dem Strafrechtssystem in Kontakt gekommen und haben entweder eine kriminelle Vergangenheit oder werden von den lokalen Sicherheitsbeamten verdächtigt, in kriminelle Aktivitäten verwickelt zu sein. Einige scheinen zur Zielscheibe geworden zu sein, weil sie in irgendeiner Weise in einer Verbindung stehen mit Leuten, die krimineller Tätigkeiten verdächtigt. Die meisten der Opfer stammen aus den marginalisiertesten und sozial benachteiligsten Wohngebieten Guatemalas.

Die Tötungen an sich folgen häufig einem bestimmten Muster: die Körper der Opfer werden häufig an einsamen Orten wie Müllkippen, Schluchten oder leer stehenden Grundstücken gefunden. Vielfach sind die Hände auf den Rücken gefesselt, die Körper zeigen Verletzungen auf, die die Folge von Folter sein könnten. In den meisten Fällen wurden die Opfer entweder erwürgt oder aus nächster Nähe mit Kopfschüssen getötet.





Die Sprache, die in den Medien und in einigen Fällen von staatlichen Behörden verwendet wird, um die besagten Tötungen zu beschreiben, verweist teilweise auf Toleranz gegenüber und sogar auf Unterstützung von diesen Verbrechen, die häufig als „soziale Säuberungen“ bezeichnet werden. Das Versagen, die Tötungen rasch und erfolgreich zu untersuchen – oder in einigen Fällen überhaupt irgendwelche aussagekräftigen Untersuchungen anzustellen, deutet auf stillschweigende Zustimmung einiger Beamter hin. Es zeigt auch das Versagen der guatemaltekischen Behörden, ihre Verpflichtungen einzuhalten das Recht auf Leben gemäß dem internationalen Menschenrecht zu schützen und die zu bestrafen, die für die Verletzung dieses Rechts verantwortlich sind.

Lange Verzögerungen der Untersuchungen, das Versagen Belege oder Zeugenaussagen aufzunehmen und die Zurückhaltung der staatlichen Behörden Staatsanwälte mit den Infor-

mationen auszustatten, die sie anfordern, sind üblich. Die Konsequenz ist eine weit verbreitete Straflosigkeit derer, die für die Tötungen verantwortlich sind. Selbst bei gewichtigen Augenzeugenberichten über vermutliche Beteiligungen von Polizisten in Tötungen, kommt es sehr selten zu einem Prozess. Das Fehlen von effektivem Schutz von Zeugen ist ein weiterer zentraler Hinderungsgrund für wirksame Nachforschung und Strafverfolgung.

#### **Fall 1:**

---

Der fünfzehnjährige Carlos López wurde Berichten zufolge im Februar 2007 in einem Stadtteil südwestlich von Guatemala Stadt dazu gezwungen in einen Polizeiwagen einzu steigen. Er lief Berichten zufolge auf dem Weg zu seiner Freundin eine Straße in der Nähe der örtlichen Polizeistation entlang, als ihn – wie drei Zeugen, die in der Straße leben aussagten – Polizisten entführten.

Die Familie schlug sofort Alarm. An dem gleichen Tag, an dem Carlos López verschwand, ging die Familie zu einer lokalen Menschenrechtsorganisation, dem Erzbischöflichen Menschenrechtsbüro, das ihnen half, eine Beschwerde bei der Staatsanwaltschaft und der Polizeibehörde für interne Ermittlungen einzureichen. Die Zeugen weigerten sich jedoch an einer Gegenüberstellung mit den verdächtigten Polizeibeamten teilzunehmen und argumentierten, dass sie um ihr Leben fürchten würden. Die Staatsanwaltschaft verfolgte den Fall nicht weiter. Carlos López Familie sah ihn nie wieder, sein Schicksal und sein Verbleib wurden niemals aufgeklärt.

---

Abbildung: © AP/PA Photo/Moises Castillo



Abbildung: © Amnesty International

## **Mangelhafte Reaktionen auf die Situation der inneren Sicherheit**

---

Guatemala weist weiterhin hohe Raten von Gewaltkriminalität, unter anderem Mord, auf. Die guatemaltekische Regierung hat die hohe Problematik der Situation der inneren Sicherheit vielfach in den Medien anerkannt. In Bericht des Guatemala-Büros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte von 2008 über die Aktivitäten im Vorjahr, bescheinigt, dass das Land sich in einem kritischen Zustand der inneren Sicherheit befindet.

In einem Bericht des UN Spezialberichterstatter für außergerichtliche, standrechtliche oder willkürliche Hinrichtungen hob dieser nach einem Besuch Guatemalas im Jahr 2007 nicht nur das hohe Gewaltniveau hervor, sondern auch Belege für eine Beteiligung der Polizei in solche Gewaltverbrechen.

„Guatemala wird von einer Reihe von Gewaltphänomenen erschüttert, unter anderem sozialen „Säuberungen“, der rasche Anstieg von Frauermorden, Lynchmorde, die Ermordung

von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität oder Orientierung, die Ermordung von Menschenrechtsverteidigern und Gewalt in Gefängnissen. In einigen Fällen trägt der Staat direkte Verantwortung. Es gibt überzeugende Beweise dafür, dass einige der sozialen Säuberungen – Hinrichtungen von Gangmitgliedern, verdächtigen Kriminellen und anderen „unerwünschten“ Personen - von Polizeiangehörigen begangen werden.“

Der 2007er Bericht des UN-Sonderberichterstatters endet mit einer Reihe von Empfehlungen, unter anderem die Empfehlungen:

- Die Regierungsbehörden auf jeder Ebene zu ersuchen, die Hinrichtung von Verdächtigen und anderen sozial „unerwünschten“ Menschen als Strategie zur Herstellung von Ordnung und zur Bekämpfung von Verbrechen vollständig und kategorisch zu abzulehnen.



Abbildung: © AP/PA Photo/Moises Castillo

- Die Behörden zu ersuchen das Strafjustizsystem zu reformieren und zu erweitern – insbesondere die Polizei und die Staatsanwaltschaft – um somit wirkungsvoll Mordfälle ermitteln und strafrechtlich verfolgen zu können.
- Guatemala zu ersuchen den Geltungsbereich der völkerrechtlichen staatlichen Verantwortung vollständig zu akzeptieren und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen – einschließlich kostenintensiver Maßnahmen – Verbrechen auf eine wirkungsvolle und gerechte Art und Weise unter Kontrolle zu bringen.
- Den Kongress zu ersuchen, die Gesetzgebung zu erlassen, die benötigt wird um die Internationale Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala (CICIG) einzusetzen, und die Sicherheitsgesetzgebung, die benötigt wird, um die Friedensabkommen umzusetzen.
- Den Kongress ersuchen, die Fonds massiv zu erhöhen, die den Institutionen des Strafjustizsystems zugeteilt sind.
- Die Einführung eines angemessenen Zeugenschutzprogramms einzufordern, das den Bedürfnissen und Ängsten der Zeugen von Menschenrechtsverletzungen, auch der Opfer solcher Menschenrechtsverletzungen, in die staatliche oder andere einflussreiche Akteure verwickelt sind, begegnet. Dieses Programm sollte unter der Aufsicht des Büros des Ombudsmanns (*Procurador de los Derechos Humanos*) errichtet werden.

Im Jahr 2009 veröffentlichte der Sonderberichterstatter einen Folgebericht, der die Implementation der Empfehlungen von 2007 begutachtete. Er notierte, dass die Gesetzgebung zur Einrichtung der Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala (Comisi-

ón Internacional Contra la Impunidad en Guatemala, CICIG), die eine UN-Mission darstellt, welche eingerichtet wurde, um die Ermittlungen und strafrechtlichen Verfolgungen der organisierten Kriminalität zu unterstützen, verabschiedet worden ist. Er stellte jedoch auch fest, dass „der Staat weiterhin ungenügende Nachforschungen betreibt und unzureichend auf rechtswidrige Tötungen reagiert. Dringend benötigte Verbesserungen der Institutionen der Strafjustiz, des Zeugenschutzes, der Haushaltszuweisungen und der Finanzpolitik wurden nicht implementiert.“

Nach der Guatemaltekischen Strafprozessordnung ist das Staatsanwaltschaftsbüro (*Ministerio Público*) verantwortlich für die Ermittlung und Strafverfolgung; die Polizei spielt eine untergeordnete Rolle, sie erhält ihre Führung durch das Staatsanwaltschaftsbüro (Artikel 107). Obwohl alle Ermittlungen unter der Kontrolle des Staatsanwaltschaftsbüros sind, kann die Polizei auf eigene Initiative Ermittlungen einleiten (Artikel 112). Darüber hinaus muss die Polizei in Fällen von Straftaten gemäß dem Legalitätsprinzip (dies sind Fälle, in denen die Klage eines Privatbürgers für das Staatsanwaltschaftsbüro nicht notwendig ist um Ermittlungen einzuleiten, zum Beispiel im Fall von Mord) rasch Hinweise einholen um die Flucht Verdächtiger zu verhindern (Artikel 304). Das Justizsystem entscheidet dann über die Fälle, die ihm von dem Staatsanwaltschaftsbüro präsentiert werden. Das Büro des Menschenrechtsombudsmanns ist eine unabhängige Behörde, die vom Staat finanziert wird und eine Überwachungs- und Aufsichtsfunktion

hinsichtlich der Achtung der Menschenrechte einnimmt.

Die Institutionen, die mit der Sicherstellung von Recht betraut sind, sind jedoch nicht effektiv. Ein Bericht des Staatsanwaltschaftsbüros aus dem Jahr 2005 vermerkt, dass die Überführungsrate für Morde bei etwa 1,98 Prozent liegt. Für 2007 setzt der UN Spezialberichterstatter für außergerichtliche, standrechtliche oder willkürliche Hinrichtungen die Überführungsrate bei 1,4 Prozent an. Faktisch sind damit in etwa 98 Prozent der Morde in Guatemala ungeklärt. Ein Bericht des UN-Büros für Drogen- und Verbrechensbekämpfung aus dem Jahr 2007 stellte fest, das „in einem solchen Klima von Straflosigkeit der Abschreckungseffekt des Gesetzes minimal ist.“

Nach internationalem Menschenrecht hat Guatemala die Verpflichtung das Recht auf Leben zu respektieren und sicherzustellen. Diese beinhaltet die Gewährleistung, dass Vertreter des Staates das Recht auf Leben respektieren und keine unrechtmäßigen und vorsätzlichen Tötungen durchführen. Zudem müssen die Behörden im Falle von Tötungen wirkungsvolle und zeitnahe Ermittlungen anstellen – unabhängig davon, ob die Verdächtigen Vertreter des Staates sind oder Privatpersonen, und sie müssen die Verantwortlichen vor ein qualifiziertes Gericht stellen, das international anerkannten Standards entspricht. Wie jedoch Nachforschungen von Amnesty International zeigen versagen die Guatemaltekischen Behörden systematisch dabei diesen Verpflichtungen nachzukommen.

## Fall 2

---

Im Mai 2006 waren Lidia Osorio und Manuel Aguirre, ein junges Paar in den Zwanzigern, mit dem Auto in Guatemala City unterwegs. Sie fuhren diese Strecke jeden Tag: Manuel Aguirre holt seine Freundin zu Hause ab und bringt sie zu der Bank, bei der sie arbeitet. Er hatte keinen festen Arbeitsplatz und die Polizei vermutete, dass er mit gestohlenen Wagen handelt. Circa 40 Minuten nachdem sie Lidia Osorios Haus verlassen hatten, wurden sie von einigen Männern, die wie Polizisten aussahen, angehalten. Sie wurden nach den Fahrzeugpapieren gefragt. Als sie die Papiere nicht vorzeigen konnten, wurden sie von einem der Männer beschimpft und bedroht. Das Paar wurde von den mutmaßlichen Polizisten mitgenommen und nie wieder lebend gesehen.

Als Lidia nicht bei der Arbeit erschien, rief ein Kollege bei den Eltern an, um nach ihr zu fragen. Nach Zeugenaussagen wurde das Paar von den mutmaßlichen Polizisten angehalten und dann mitgenommen. Die Familien von Lidia Osorio und Manuel Aguirre begannen sofort mit der Suche nach ihnen. Sie gingen zur Polizeibehörde für interne Ermittlungen, zur Abteilung der Polizei für Ermittlungen in Kriminalfällen, zur Polizeistelle für Kriminalitätsoffer und zu verschiedenen lokalen Polizeistationen. Sie sprachen auch mit drei leitenden Polizeibeamten in anderen Abteilungen und wandten sich an die Polizeistelle, die gegen Kidnapping arbeitet, um den Fall vorzutragen. Die diensthabenden Polizeibeamten weigerten sich jedoch die Beschwerde zu registrieren, weil weniger als 24 Stunden seit dem Verschwinden vergangen waren. Die Familien kehrten am folgenden Tag wieder, um Beschwerde einzureichen. Trotz der beunruhigenden Berichte über die Entführung und der verzweifelten Versuche der Familien der Opfer, hat der zuständige Polizeibeamte die betroffenen Familien nicht vor 28 Stunden nach dem Verschwinden des Paares befragt. Er hat an fünf Tagen drei Befragungen durchgeführt und ist zu dem vor-

läufigen Ergebnis gekommen, dass das Auto auf eine andere Person zugelassen war und dass Manuel Aguirre vorbestraft sei.

10 Tage nachdem das Paar zum letzten Mal gesehen wurde, hat der den Fall untersuchende Staatsanwalt einen Brief an den Nationalen Direktor der Polizei geschrieben – den dieser drei Tage später erhalten hat – in dem er sich erkundigte, ob es an dem Ort, an dem Lidia Osorio und Manuel Aguirre angehalten wurden, eine Straßensperre der Polizei gegeben habe. 20 Tage später erhielt der Staatsanwalt einen Brief mit der Information, dass an dem Ort mindestens 10 Polizeibeamte an der Straßenkontrolle aufgestellt waren und eine Liste mit den Namen der Beamten. In den nächsten Monaten schrieb der Staatsanwalt an verschiedene Behörden, um herauszufinden ob das Paar das Land verlassen habe und um Informationen zu Bewegungen auf ihren Bankkonten zu erhalten. Es vergingen noch weitere dreieinhalb Monate von dem Zeitpunkt, an dem das Paar zum letzten Mal gesehen wurde, bis der Staatsanwalt drei Polizeibeamte befragte, die bei Straßenkontrolle dabei gewesen waren. Einer der Beamten sagte, er wüsste nicht mehr, ob er an dieser Straßenkontrolle gewesen sei, weil das schon so lange her sei. Die anderen beiden Beamten bestätigten ihre Anwesenheit bei der Straßenkontrolle, sagten aber sie seien zu dem Zeitpunkt, als Lidia Osorio und Manuel Aguirre angehalten und verschleppt wurden, gerade in der Frühstückspause in einen nahe gelegenen Cafe gewesen.

Die hauptsächlichen Bemühungen bei der Untersuchung durch das Staatsanwaltsbüro konzentrierten sich auf die Details über das Eigentum und die Registrierung des Wagens mit dem Lidia Osorio und Manuel Aguirre unterwegs waren und diese Untersuchungen ergaben, dass es sich um ein gestohlenen Auto handelte. Der Fleiß und die Energie, die in diesen Teil der Untersuchungen gesteckt wurden,

stehen in einen starken Kontrast zu den verspätet und minimal durchgeführten Befragungen der Polizeibeamten an der Straßenkontrolle.

Sechs Monate, nachdem sie zuletzt an der Straßenkontrolle gesehen wurden, wurden die Leichen von Lidia Osorio und Manuel Aguirre von Landarbeitern an einer Straße in einer ländlichen Gegend in einiger Entfernung von

Guatemala City gefunden. Die Todesursache konnte nicht mehr festgestellt werden, weil sich die Leichen in einem fortgeschrittenen Stadium der Verwesung befanden. Beide trugen die gleiche Kleidung, wie an dem Tag, als sie verschleppt wurden. Die Autopsien ergaben, dass beide kurz nachdem sie das letzte Mal an der Straßenblockade gesehen wurden, gestorben sind.

### Fall 3

---

Im Januar 2008 wurden die Leichen des 17-jährigen Edward Gonzales und des 23-jährigen Freddy Colindres am Straßenrand in einem Waldstück gefunden, das kurz von ihrem Wohnort und circa 30 Minuten Fahrtzeit von Guatemala City entfernt liegt.

Fotografien der Leichen zeigen, dass beide starke Prellungen aufwiesen und dass sie stranguliert wurden. Die Angreifer haben bei jedem ein Seil um den Hals gelegt und dann ein Stück Holz hineingelegt, das mit jeder Bewegung den Strick fester zusammenzog. Beide Männer wurden aus kurzer Entfernung in den Kopf geschossen.

Ihre Familien haben Amnesty International erzählt, dass Edward Gonzales und Freddy Colindres in kriminelle Tätigkeiten verwickelt waren und dass sie Mitglieder in einer Gang gewesen sein sollen, die Telefone, Motorräder und manchmal auch Autos klaut. Von den Familien erfuhr Amnesty International, dass die beiden an dem Abend bevor ihren Leichen gefunden wurden, zusammen in ihrem Ort etwas trinken gewesen waren. Offensichtlich hatten sie einen Streit mit einem anderen jungen Mann, der flüchtete. Edward Gonzales und Freddy Colindres verfolgten ihn bis zu seinem Haus. Als sie den Lärm hörten, kamen Nachbarn auf die Straße. Ihre Familien berichteten, dass eine Gruppe von Leuten, die dort wohnen, die beiden lynchen wollten. Jemand rief die Polizei, die kurz darauf eintraf. Laut den

Zeugen hat die Polizei behauptet, sie würden Edward Gonzales und Freddy Colindres ins Krankenhaus bringen und die beiden halb-bewusstlosen jungen Männer wurden in den Polizeiwagen verfrachtet. Sie wurden nie wieder lebend gesehen.

Am nächsten Morgen wurden ihre Leichen gefunden. Die Autopsie ergab, dass sie etwa acht Stunden zuvor getötet worden waren. In einem Gespräch mit Amnesty International fünf Monate nach den Morden hat der den Fall leitende Staatsanwalt berichtet, dass man bei den Untersuchungen von der Vermutung ausginge, dass Edward Gonzales und Freddy Colindres einer Erpresserbande angehörten und sie möglicherweise von Bus- oder Lastwagenfahrern in einem Racheakt getötet wurden. Der Staatsanwalt hatte den Fall zu den Akten gelegt und es waren keine weiteren Untersuchungen vorgesehen.

Der Aktenordner beinhaltet keine Befragungen von Zeugen oder Verdächtigen und auch keine Absichten, diese durchzuführen. Es gibt in dem Bericht keine Anzeichen, dass Beweise gefunden wurden und auch keine Hinweise zu irgendwelchen aktiven Untersuchungen.

Da das Staatsanwaltsbüro keinerlei sorgfältige Untersuchung der Morde durchgeführt hat, ist es weder möglich die Anschuldigungen zu bestätigen noch anzufechten. Auf jeden Fall stimmen die Berichte überein mit anderen An



schuldigungen bei ähnlichen Aktionen, wo Polizeigruppen in die Morde von kriminell Verdächtigen verwickelt sind.

Zwei Jugendliche aus dem gleichen Freundeskreis, der 16jährige Juan und der 13jährige Francisco wurden Anfang des Jahres aus der selben Stadt von der Polizei verschleppt. Ihre Leichen wurden einige Tage später in einem Stadtteil von Guatemala City gefunden.

Einige Wochen nach dem Mord an Edward Gonzales und Freddy Colindres berichtete die Presse von einem weiteren Toten, dem 17jährigen Tomas Perez, der auch der Gruppe angehört haben soll. Neben seiner Leiche wurde eine Notiz gefunden, die andere Jugendliche davor warnte, kriminell zu werden. Der örtliche Staatsanwalt, der den Fall untersucht hat, berichtete Amnesty International, er habe Information erhalten, dass die Polizei in die Morde verwickelt sein könnte, aber er sei diesen Anschuldigungen nicht nachgegangen. Er sagte, die Familie habe ihm keinerlei Informationen darüber gegeben noch hätten sie sich beschwert.

Einige Wochen nach dem Tod von Tomas Perez wurde ein anderes Mitglied der Bande, der 17jährige Erick Quinto ermordet. Todesursache waren Wunden durch mehrere Gewehrschüsse.

Keiner der sechs Morde wurde untersucht und die Täter befinden sich auf freiem Fuß. Ein-

wohner der Stadt berichteten Amnesty International, dass dort eine Geheimgruppe tätig war, die sich aus Privatpersonen und Polizisten im Dienst und im Ruhestand zusammensetzt, die kriminell verdächtige Personen ermordet. Dies wird von lokalen Menschenrechtsaktivisten, die die Morde untersucht haben, bestätigt. Trotz zahlreicher Berichte, dass so eine Gruppe in die Morde verwickelt war, haben die Behörden keinerlei Schritte unternommen, um die Morde zu verhindern noch um die Verantwortlichen zu verfolgen und bestrafen.

Es ist dringend erforderlich, dass gründliche und unabhängige Untersuchungen eingeleitet werden, um die Umstände der Tode aller sechs Opfer - Edward Gonzales, Freddy Colindres, Juan, Francisco, Tomas Perez und Erick Quinto - zu klären und die Verantwortlichen vor Gericht zu bringen.

Es ist außerdem grundlegend, dass die Behörden den Hinweisen nachgehen, dass eine Geheimorganisation mit dem Wissen und möglicherweise auch der Mitwirkung von Polizeimitgliedern verantwortlich ist für den Tod von jungen Menschen aus dieser Stadt. Sie sind auch verpflichtet, sicherzustellen, dass die Morde ein Ende haben und dass die Täter verurteilt werden.

#### **Fall 4**

---

Ricardo Valdez, ein junger Mann in den Zwanzigern, der Jura studieren wollte, wurde im August 2007 angeblich von einer Militärkontrolle in der Nähe von seinem Wohnort in Guatemala City verhaftet. Eine militärische Abteilung wurde in Nähe seines Wohnortes aufgestellt, um die Polizei in der Gegend zu unterstützen. Er hatte mit einer Gruppe von Freunden aus der Nachbarschaft getrunken und war auf dem Weg, mehr Alkohol für die Gruppe zu besor-

gen. Zeugenberichten zufolge hat er auf dem Weg zu einem Laden in der Nähe angehalten, um sich mit einer Frau zu unterhalten wobei es zu einem Streit zwischen Ricardo Valdez und der Familie der Frau kam. Jemand hat die sich in der Nähe befindende Militärpatrouille herbeigerufen. Die Soldaten drangen in das Haus der Frau ein und es kam zu einem Kampf. Ricardo Valdez wurde von den Soldaten auf einen Lastwagen geladen und davongefahren.

Von einigen Zeugen erfuhr Amnesty International, dass der Lastwagen einfach davonfuhr. Anderen Zeugen zufolge wurde Ricardo Valdez nach einer kurzen Strecke vom Lastwagen geworfen und kurz darauf von Männern mitgenommen, die einen Wagen ohne Kennzeichen fuhren. Worüber es keinen Zweifel gibt, ist dass Ricardo Valdez nicht mehr lebend gesehen wurde.

Am nächsten Tag wurde seine Leiche von Landarbeitern in einem Feld aufgefunden. Seine Hände und Füße waren gefesselt und es wurde sechsmal auf ihn geschossen. Der örtliche Gerichtsmediziner stellte Schusswunden in Kopf, rechtem Auge, Nacken, Hals, linkem und rechtem Knie fest, außerdem Schürfwunden in Gesicht, Schulter und Oberschenkel und Prellungen an vielen anderen Körperteilen. Zwei Schusswunden zeigten Pulverreste in der Nähe des Einschusses, was auf Schüsse aus geringer Entfernung hinweist.

Die Untersuchung an dem Mord an Ricardo Valdez kam nur langsam voran. Zweieinhalb Monate nach seinem Tod haben die Ermittler der Polizei den Offizier der Einheit befragt, dem der Lastwagen, den die Zeugen gesehen haben, gehören soll. Der Offizier, der an jenem Abend nicht an der Streife teilgenommen haben soll, habe keine Erinnerung an den Vorfall

und gab an, dass die Personen aus der Einheit, die an jenem Abend auf Streife waren, mittlerweile in verschiedene Teile des Landes versetzt wurden.

Zehn Monate nach Ricardo Valdez' Tod erfuhr Amnesty International, dass der Staatsanwalt trotz mehrerer Nachfragen an die entsprechenden Stellen, keinerlei Informationen über die Identität der Soldaten, die in jener Nacht auf Patrouille waren, noch über das Fahrzeug erhalten habe. Im März 2009, genau 18 Monate nach dem Mord wurde das Verteidigungsministerium per gerichtlicher Anordnung aufgefordert, die Informationen zu liefern. Im September 2009 liegen immer noch keine Informationen vom Verteidigungsministerium vor.

Die gerichtliche Anordnung und die andauernden Untersuchungen bedeuten, dass möglicherweise Fortschritte gemacht werden können in der Identifikation der Verdächtigen. Aufgrund der widersprüchlichen Aussagen von den Zeugen werden aber in diesem Fall Beweismaterialien ausschlaggebend sein müssen. Allerdings wird es schwierig sein, die Beweise in dem Lastwagen zu finden, weil seit dem Mord zu viel Zeit vergangen ist. Trotz allem ist die Familie von Ricardo Valdez zuversichtlich, dass sie eines Tages Gerechtigkeit erfahren und dass die Mörder ihres Sohnes vor Gericht gebracht werden.

## **Das Erbe der Gewalt**

---

Die Zahl der Gewaltverbrechen in Guatemala ist sehr hoch, und die Zahl der registrierten Morde ist in den letzten fünf Jahren gestiegen. Nach Angabe des Innenministeriums gab es im Jahr 2008 6292 Morde, das entspricht etwa 49 Morden auf 100.000 Einwohner. Etwa in den letzten 15 Jahren haben sich überall in Mittelamerika und den USA Straßenbanden gebildet, bekannt als „Maras“. Die Maras setzen sich überwiegend aus Teenagern und jungen Männern und Frauen zusammen und sind vielfach in Verbrechen verstrickt. Untersu-

chungen legen nahe, dass sie aus den Reihen jener hervorgingen, welche in die USA geflohen waren, um den bewaffneten Konflikten in Mittelamerika während der Achtziger Jahre zu entkommen und die später in den Neunzigern zurück nach Mittelamerika deportiert wurden. Einige der aus den USA zurückgekehrten jungen Leute sahen sich einer weitgehend fremd gewordenen Kultur gegenüber und suchten die Gemeinschaft von Mitdeportierten. Diese Gruppen bildeten die Ausgangsbasis der Maras. 2005 wurde die Zahl der Bandenmitglieder

in Guatemala auf etwa 14000 geschätzt. Es wird angenommen, dass die Mitgliedszahl seitdem gewachsen ist.

Ein anderes wichtiges Element, das zur kritischen öffentlichen Sicherheit in Guatemala beiträgt, ist die alles durchdringende Verbreitung sogenannter klandestiner Gruppen, wie sie von der Zivilgesellschaft bezeichnet werden. Diese Gruppen können am besten als kriminelle Netzwerke beschrieben werden, in die noch aktive und ehemalige Mitglieder von Armee und Polizei verwickelt sind aber auch der Geschäftssektor, private Sicherheitsdienste, gewöhnliche Kriminelle und Bandenmitglieder. Sie bilden die Grundlage der Organisierten Kriminalität und haben sich innerhalb der staatlichen Strukturen eingenistet, von wo aus sie in der Lage sind, ihre Stellungen und Verbindungen zur Kontrolle lukrativer illegaler Aktivitäten zu nutzen und ihre fortdauernde Immunität vor Strafverfolgung abzusichern. Klandestine Gruppen haben ihren Ursprung in paramilitärischen Gruppen und Sicherheitsdiensten, welche während Guatemalas innerem bewaffneten Konflikt (1960 bis 1996) eingerichtet wurden, damit sie Spionageeinheiten und andere militärische Spezialeinheiten unterstützen sollten, welche unter Straflosigkeit und außerhalb des Gesetzes arbeiteten. Diese „Todeschwadronen“, für gewöhnlich freigestellte Soldaten, wurden von ihren Vorgesetzten mit der Ermordung ausgewählter Personen beauftragt, die als „Feinde“ betrachtet wurden, wie z.B. Gewerkschaftsführer oder oppositionelle Aktivisten.

Da diese Gruppen weiterhin Straflosigkeit und beträchtliche Macht genossen, lösten sich nicht auf, als der interne bewaffnete Konflikt beendet wurde. Bis heute hat es vom Staat keine ernsthafte Bemühung gegeben, jene zur Rechenschaft zu ziehen, die für diese schweren Menschenrechtsverletzungen verantwortlich waren. Geschätzte 200.000 Menschen wurden extralegal ermordet oder verschwanden gewaltsam während Guatemalas internem bewaffneten Konflikt. Zwei wegweisende Un-

tersuchungen – die Untersuchung des Menschenrechtsbüros der katholische Kirche von 1998 (bekannt als „Informe de recuperacion de la memoria historica“) und jene Untersuchung der UNO-gestützten Historischen Aufklärungskommission („Memoria del silencio“) über die schlimmsten Menschenrechtsverletzungen in den Konfliktjahren fanden heraus, dass das guatemaltekeische Militär und ihre Helfershelfer für die überwiegende Mehrheit der Missbrauchsfälle verantwortlich gewesen waren, einschließlich gewaltsamen Verschwindenlassens, extralegalen Hinrichtungen und Folter. Unter vielen anderen Menschenrechtsverletzungen sammelte die Historische Aufklärungskommission eingehende Zeugnisse und Dokumente über 23671 Fälle von Opfern willkürlicher Hinrichtung und 6159 Fälle von gewaltsamen Verschwindenlassens. Die Kommission schätzte, dass Regierungskräfte und mit ihnen verbundene paramilitärische Gruppen für 92% der willkürlichen Hinrichtungen und für 91% der Fälle von gewaltsamem Verschwindenlassen verantwortlich waren. Bis heute haben weniger als fünf dieser Fälle schwerer Menschenrechtsverletzungen vor einem guatemaltekeischen Gericht zu Verurteilungen geführt, und selbst da wurden nur niederrangige Dienstgrade strafverfolgt. Kein hochrangiger Offizier oder Beamter ist jemals vor Gericht gebracht worden wegen seiner Rolle beim Anordnen, Planen oder Ausführen der zahlreichen und systematischen Menschenrechtsverletzungen, für welche sie verantwortlich waren.

Während des internen bewaffneten Konflikts bestand die Mehrheit der Opfer von Mord und Verschwindenlassen aus jenen, die der Sympathie mit bewaffneten Oppositionsgruppen verdächtig waren. Doch es gab auch Hinweise, dass Menschen wegen ihres sozialen Hintergrunds oder vermeintlicher Verbindung zu Verbrechen ermordet wurden.

Im Jahr 1999 entschied der Interamerikanische Menschenrechtsgerichtshof im Fall von fünf Straßenkindern, die von Polizisten ermordet worden waren. Der Gerichtshof befand, dass

Guatemala das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit sowie rechtliche Garantien und Rechte des Kindes verletzt hatte. Der Urteilsspruch stellte fest: „Zur Zeit, als die Vorkommnisse sich ereigneten (1990), gab es in Guatemala, ein allgemeines Muster illegaler Handlungen gegen Straßenkinder, verübt durch Sicherheitsagenten des Staates“. Diese Praxis schloss Drohungen, Verhaftungen, grausame unmenschliche und entwürdigende Behandlung und Mord ein als Mittel gegen jugendliche Straffälligkeit und Landstreicherei.

Amnesty International hat in der Vergangenheit Nachforschungen über extralegale Hinrichtun-

gen angestellt, bei denen die Opfer wahrscheinlich wegen ihres sozialen Hintergrunds oder vermuteter Verbindung zu Verbrechen ermordet wurden. 1990 veröffentlichte Amnesty International „Guatemala: Extralegale Hinrichtungen und Menschenrechtsverletzungen bei Straßenkindern“ (AMR34/37/90). Hier wurden extralegale Hinrichtungen durch Polizisten dokumentiert sowie Folter, grausame inhumane und entwürdigende Behandlung von Straßenkindern, das Fehlen medizinischer Versorgung und weitverbreiteter Einschüchterung und Bedrohung örtlicher Menschenrechtsverteidiger, welche zu diesen Themen arbeiteten.

## **Die Verantwortung des Staates**

---

1992 ratifizierte Guatemala die Internationale Konvention über bürgerliche und politische Rechte und stimmte damit freiwillig einer gesetzlich bindenden Verpflichtung zu, das Recht auf Leben zu respektieren und zu schützen. Dies schließt eine Verpflichtung mit ein, bei allen Mordfällen rasche und wirksame Untersuchungen anzustellen. Guatemala ratifizierte 1978 auch die Amerikanische Menschenrechtskonvention. Auch diese schließt, eine bindende Verpflichtung ein, das Recht auf Leben zu respektieren.

Die UNO-Prinzipien zur wirksamen Vorbeugung und Untersuchung von extralegalen, willkürlichen und standrechtlichen Hinrichtungen stellt Maßstäbe auf, welche Regierungen ergreifen sollten, um außergerichtliche Hinrichtungen zu verhindern ebenso wie als Maßregel zur Durchführung gründlicher, rascher und unparteiischer Nachforschungen bei Morden, bei denen es Anlass zu der Vermutung gibt, sie könnten von öffentlichen Bediensteten oder anderen Personen mit offizieller Funktion begangen worden sein oder aufgrund ihrer Anstiftung oder mit deren Zustimmung oder Stillschweigen.

Die UNO-Richtlinien legen auch fest, dass Regierungen sicherstellen sollten, dass die der Teilhabe an solchen Morden Überführten vor Gericht gestellt werden. Entgegen Guatemalas Verpflichtungen gegenüber internationalem Menschenrechtsgesetz und den speziellen Maßnahmen, die in den UNO-Maßregeln empfohlen sind, haben die Regierungen in Guatemala einen Mangel an politischem Willen gezeigt, willkürliche extralegale Hinrichtungen zu untersuchen, die entweder während oder nach den internen bewaffneten Konflikt begangen wurden. Guatemala ist, entsprechend seiner eigenen Verfassung, an das internationale Menschenrecht gebunden, und sein Strafgesetz verbietet extralegale Hinrichtungen. Jedoch ist ein nationaler Gesetzesrahmen für sich allein nicht ausreichend. Er muss von einem klaren politischen Willen begleitet sein, um willkürliche und ungesetzliche Morde zu verhindern und zu bestrafen. Amnesty International ist der Überzeugung, dass diese Morde und die Hinweise auf Verwicklung, Komplizenschaft oder Billigung von Mitgliedern der Sicherheitskräfte, besonders der Polizei, ernst genommen werden müssen.

Die Staatsgewalt ist verpflichtet sicherzustellen, dass wirksame, rasche, unparteiische und ausführliche Untersuchungen zu diesen Morden stattfinden und die dafür Verantwortlichen

vor Gericht gestellt werden. Bisher hat sie ganz offenkundig bei diesen Verpflichtungen versagt.

## Fall 5

---

Zwei Brüder, José und Mario Orozco, und Luis Mendez, einer der Männer, die in deren Autohalle im Norden von Guatemala-Stadt arbeiteten, wurden Anfang Januar 2007 entführt. Nach Zeugenaussagen stoppte ein Polizeifahrzeug vor der Wagenhalle und mehrere Polizisten, einige in Uniform, andere in Zivil stiegen aus, gingen in die Wagenhalle und begannen, die Männer zu schlagen. Die Polizisten zogen die drei jungen Männer dann in einen Polizeiwagen und fuhren weg. Keiner dieser drei wurde jemals lebend wiedergesehen. Zeugen alarmierten Verwandte der Männer und gaben ihnen Informationen über die Zulassungsnummer des Polizeifahrzeugs, das sie vor der Autohalle gesehen hatten. Die Familie ging zur örtlichen Polizeiwache und sprach mit dem leitenden Beamten. Dieser funkte die Polizisten an, die dem Polizeifahrzeug zugeordnet waren, welches durch Zeugen identifiziert worden war. Zwanzig Minuten später kehrten die Polizisten zurück und behaupteten, dass sie nicht am Tatort gewesen seien, als die drei jungen Männer angegriffen und festgenommen wurden. Der leitende Polizeibeamte erklärte den Verwandten, dass man nichts weiter tun könne, und es wurden keine Anstrengungen unternommen, die geschilderte Verhaftung zu untersuchen oder die Behauptungen der Polizisten zu überprüfen.

Die Verwandten der Brüder suchten Krankenhäuser und Polizeiposten auf in der verzweifelten Bemühung, sie aufzufinden. Sie erreichten

einen Gerichtsbeschluss der verlangte, dass die Polizei die drei jungen Männer einem Richter vorführen und rechtliche Gründe für deren Verhaftung angeben sollte. Am folgenden Tag erfuhren die Angehörigen über die Medien, dass die Leichen von zwei jungen Männern an einer Autostraße eine Stunde von Guatemala-Stadt entfernt gefunden worden waren. Die Körper wurden identifiziert als die von Mario Orozco und Luis Mendez. Sie trugen Anzeichen von Schlägen. Der Autopsiebericht gab als Todesursache „Ersticken durch Strangulation“ an. Nachdem sie die Leichen im Leichenhaus identifiziert hatten, kehrten Verwandte und Freunde zur Fundstelle zurück, um nach José Orozco zu suchen. Sein Körper wurde aber nie gefunden.

Die Untersuchung der Entführung und Ermordung hat bisher keine Ergebnisse gebracht. Amnesty International wurde informiert, dass keine gerichtsmedizinischen Tests am Polizeiwagen durchgeführt wurden um sicherzustellen, falls es Hinweise gäbe, dass die drei Männer im Fahrzeug gewesen waren, und es wurden keine Anstrengungen gemacht, um die Geschichten der angeblich beteiligten Polizisten auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen. Als Ergebnis dieser Unfähigkeit, eine wirksame Untersuchung in den entscheidenden frühen Stadien durchzuführen, ist der Fall inzwischen ausgesetzt worden, die Verantwortlichen vor Gericht zu stellen wird dadurch weit schwieriger sein.

# Jetzt handeln!

## Schreiben Sie bitte an Präsident Álvaro Colom

- Drücken Sie Ihre Besorgnis aus angesichts der Morde an jungen Leuten, meistens Jungen und Männern, unter Umständen die nahelegen, sie könnten extralegal hingerichtet worden sein und in Fällen, in denen Augenzeugen behaupten, Polizisten wären darin verwickelt.
- Drücken Sie Ihre Besorgnis aus, dass trotz des Aufwandes und der Anstrengungen verschiedener Geberländer, internationaler und nationaler Menschenrechtsexperten wie auch UNO-Büros offensichtlich kein Fortschritt gemacht wurde bei der Eindämmung dieser Missbrauchsformen.
- Legen Sie dar, dass er als Staatsoberhaupt verantwortlich dafür ist zu garantieren, dass jene, die ihre Macht missbrauchen und Menschenrechtsverletzungen begehen oder die

darin versagen sicherzustellen, dass diejenigen die unter ihrem Kommando stehen keine Menschenrechtsverletzungen begehen, das ganze Gewicht des Rechts zu spüren bekommen, vor Gericht gestellt und für ihre Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden.

- Legen Sie dar, dass er als Staatsoberhaupt ebenso dafür verantwortlich ist zu garantieren, dass Mitglieder der Polizei oder anderer Sicherheitskräfte, die an Aktionen zur Durchsetzung des Rechts beteiligt sind, keine Selbstjustiz üben und keine Verbrechen verüben, fördern, entschuldigen oder Menschenrechtsverletzungen wie Mord billigen.
- Bitten Sie darum, über die Maßnahmen informiert zu werden, die seine Regierung unternimmt, um die Morde an jungen Leuten in Guatemala zu stoppen und die Verwicklung von Mitgliedern der Sicherheitskräfte, insbesondere von Polizisten, zu beenden.

## Schreiben Sie bitte an den Generalstaatsanwalt und bitten Sie ihn sicherzustellen,

- dass rasche, unparteiische und wirksame Untersuchungen zu all den Morden und vermuteten Fällen von Folter durchgeführt werden, die in dieser Veröffentlichung wie auch in anderen Berichten nationaler Menschenrechtsgesellschaften beschrieben sind,
- dass diese Untersuchungen den Standards entsprechen, die in den UNO-Richtlinien zur wirksamen Vorbeugung und Untersuchung von extralegalen, willkürlichen und standrechtlichen Hinrichtungen festgelegt sind.

### Anschriften:

President of the Republic Lic. Álvaro Colom  
Presidente de la República  
Casa Presidencial, 6ª Avenida, 4-18, Zona 1  
Ciudad de Guatemala, Guatemala  
Fax +502 2221 4423 or +502 2238 3579  
Korrekte Anrede: Dear President/ Estimado Sr. Presidente

Attorney General and Head of the Public Prosecutor's Office  
Lic. José Amílcar Velásquez Zárate  
Fiscal General de la República y Jefe del Ministerio Público  
8ª Avenida 10-67, Zona 1, Antiguo Edificio del Banco de los Trabajadores,  
Ciudad de Guatemala, Guatemala  
Fax: +502 2411 9124 or +502 2411 9326  
Korrekte Anrede: Dear Attorney General/ Estimado Sr. Fiscal General

